

PRESSEMITTEILUNG

Beim Kohleausstieg sollen die Menschen in der Lausitz den Strukturwandel selbst in die Hand nehmen

Evangelische Kirche und Lausitzer Perspektiven stellen Modell für einen *Fonds Zivilgesellschaft Lausitz* vor – „Zehn Prozent der Bundesmittel für Projekte und gemeinnützige Initiativen vor Ort“

11. Februar 2019, Cottbus/Berlin – Die Lausitz soll bei dem anstehenden Kohleausstieg zu einer Modellregion für Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement werden. Dafür haben sich die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und der Verein Lausitzer Perspektiven ausgesprochen. In Cottbus und Berlin stellten die EKBO und Lausitzer Perspektiven einen gemeinsam entwickelten Vorschlag für einen *Fonds Zivilgesellschaft Lausitz* vor. Der Fonds soll lokale Vereine, Bürgerprojekte und gemeinnützige Unternehmen unterstützen, die sich für die Strukturentwicklung der Region einsetzen. Insgesamt sollten zehn Prozent der für die Lausitz bereitgestellten Bundesmittel in den Aufbau des Fonds fließen.

„Der Strukturwandel wird dann gelingen, wenn wir die Menschen stärken, die sich kümmern“, sagte Burkard Behr, Pfarrer und Leiter des Zentrums für Dialog und Wandel der EKBO in Cottbus. Derartiges Engagement müsse ergänzen, was der Bau neuer Bahnlinien oder Förderprogramme für Unternehmen allein nicht bewirken könnten: „Die Region so attraktiv machen, dass die Menschen hierbleiben, hierher zurückkehren oder sich neu in der Lausitz ansiedeln,“ so Burkard Behr. „Diejenigen Initiativen und Projekte direkt und unbürokratisch zu unterstützen, die die Lebensqualität in ihren Dörfern und Städten verbessern wollen, ist zugleich das beste Mittel gegen Radikalisierung und populistische Parteien.“

Der Auszehrung kommunaler Strukturen entgegenwirken

Nach den Vorstellungen der EKBO und von Lausitzer Perspektiven soll die Strukturförderung in der Kohleausstiegsregion Lausitz künftig auf vier Pfeilern ruhen: der Wirtschaftsförderung, dem Engagement des Staates für eine bessere Infrastruktur, dem Ausbau von Wissenschaft und Hochschulen – und einer aktiven Bürgergesellschaft. „Bislang haben die Interessen der Kohlewirtschaft in der Lausitz alles andere dominiert – für Themen wie Dorfentwicklung, lokale Infrastruktur, örtliche Versorgung blieb da bislang nicht viel Platz,“ sagte Dagmar Schmidt, Vorsitzende von Lausitzer Perspektiven. „Die Zukunftsängste in der Lausitz sind das Spiegelbild einer Kohledebatte, in der Ängste vor dem wirtschaftlichen Niedergang der Region geschürt wurden. Mit dem Fonds wollen wir das jetzt umdrehen: Der Fonds soll Mutmacher fördern, Eigeninitiative unterstützen und diejenigen stärken, die sich für das Gemeinwesen einsetzen.“

Mit dem Fokus auf lokales und regionales Engagement soll der Fonds auch ein Beitrag sein, der Schwäche und Auszehrung kommunalpolitischer Strukturen entgegenzuwirken. „Früher hatten wir auch in kleineren Gemeinden hauptamtliche Bürgermeister_innen, die zuhören, die sich um die Belange vor Ort gekümmert

haben – heute meinen wir in einem der reichsten Länder der Welt, uns so etwas nicht mehr leisten zu können“, kritisierte Behr.

Lausitzer Perspektiven und die EKBO sehen gute Chancen, die Fondsinitiative in die Praxis umzusetzen. Immer stärker greife die Erkenntnis, dass ein demokratischer Rechtsstaat, eine florierende Wirtschaft und eine lebendige Bürgergesellschaft einander bedingen - beispielsweise in der Enquete-Kommission *Zukunft der ländlichen Regionen* des Brandenburger Landtags, bei den Programmen des Bundes für eine Stärkung des ländlichen Raums oder bei der Initiative „Ehrenamt braucht Hauptamt“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Die mit dem Kohleausstieg jetzt anstehende Strukturentwicklung in der Lausitz ist ideal geeignet, aus dieser Erkenntnis jetzt praktische Schlüsse zu ziehen.

HINTERGRUND

Das Problem der Lausitz bisher: Zu viel *top down* trifft auf eine schwache Zivilgesellschaft

Im Vergleich mit anderen Regionen – und auch mit dem Rheinischen Braunkohlerevier – ist die Zivilgesellschaft in der Lausitz nur wenig präsent und erfährt auch nur geringe Unterstützung aus Verwaltung und Politik. So blieben beispielsweise bei Konferenzen, Dialogforen und Planungswerkstätten zur Zukunft der Lausitz Landesregierungen, Wirtschaftsverbände, Kammern und Gewerkschaften fast immer unter sich. Dabei kommt gerade der Zivilgesellschaft als Impulsgeber und Innovationstreiber im Transformationsprozess des Kohleausstieges eine wichtige Rolle zu. Diese Lücke gilt es jetzt zu schließen.

Die Lösung: Ein kleiner Teil der Fördermittel stärkt die Zivilgesellschaft in der Region

Die EKBO und Lausitzer Perspektiven schlagen vor, mit den jetzt bereitgestellten Bundesmitteln das Förderinstrument eines "Fonds Zivilgesellschaft Lausitz" zu schaffen. Der Fonds soll das Engagement von Bürger_innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und gemeinwohlorientierten Unternehmen fördern – als Hilfe zur Selbsthilfe. Nur so kann die Zivilgesellschaft den Lebensraum Lausitz erfolgreich gestalten und an der zukunftsorientierten Entwicklung der Lausitz vor, während und nach dem Braunkohleausstieg mitwirken. Dafür soll der Bund gerade einmal 10 Prozent der von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“) empfohlenen Strukturhilfen für die Lausitz in den Fonds einzahlen.

Die Umsetzung: Schlanke Strukturen, lokale Präsenz

Bei der Umsetzung drängen die EKBO und Lausitzer Perspektiven auf schlanke Strukturen, ein Höchstmaß an Transparenz und eine Beteiligung der Zivilgesellschaft in den Gremien des Fonds. „Was wir definitiv nicht wollen, sind Doppelstrukturen der Landespolitik, in denen am Ende wieder die Landesregierungen oder Wirtschaftsförderer das letzte Wort haben“, so Dagmar Schmidt. Wichtig sei eine lokale Präsenz des Fonds beispielsweise durch Büros in verschiedenen Orten der Lausitz.

Ansprechpartner für Rückfragen:

- **Burkhard Behr**, Leiter Zentrum für Dialog und Wandel, Tel. 01773166503, b.behr@zdw.ekbo.de
- **Dagmar Schmidt**, Vorsitzende Lausitzer Perspektiven, Tel. 017696080654, schmidt@lausitzerperspektiven.de
- **Evelyn Bodenmeier**, Leiterin der Geschäftsstelle Lausitzer Perspektiven, Tel. 015115227510, bodenmeier@lausitzer-perspektiven.de